



IHKLW Politiknews

15. AUSGABE HERBST 2024

Positionen

zur US-Wahl
SEITE — 03

Nachgefragt

bei Gerd Ludwig
SEITE — 04

Digitalpakt 2.0

Upgrade und Lückenschluss
SEITE — 07

ZUKUNFTSINVESTITIONEN VERBESSERN RAHMENBEDINGUNGEN
FÜR WACHSTUM UND WOHLSTAND

Haushaltsberatungen mit Priorität auf Investitionen und harte Aufgabenkritik

Es ist Herbst und die Haushaltsberatungen in Bund, Land und Kommunen stehen an. Der Haushalt ist traditionell die „Königsdisziplin“ der Parlamente. Mit den Budgetplanungen für das kommende Jahr werden die wichtigsten Weichen für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Region gestellt. Doch das Geld scheint knapp, die Bedarfe sind groß, da die Konjunktur weiter schwächelt und der Staat – politisch gewollt – seine Aufgaben und Ausgaben steigert. Um die Schuldenbremse einzuhalten und damit zukünftigen Generationen finanzielle Stabilität zu ermöglichen, müssen also Prioritäten gesetzt werden.

Aus Sicht der Wirtschaft stellt sich die Frage: Was muss der Staat leisten? „Gute Rahmenbedingungen“ meinen eine leistungsfähige und zukunftsgerichtete Infrastruktur (Straße, Schiene, Wasserstraße, Internet und Energie) und gute Bildung in modernen Schulen. Der Staat muss zielgerichtet in Wissenschaft und Forschung investieren und die innere und äußere Sicherheit gewährleisten. Deutlich wird: Es besteht Aufholbedarf! Über eine höhere Wertschöpfung, höhere Erträge der Unternehmen und eine höhere Beschäftigung kann dann auch in Zukunft die Stabilität der Staatsfinanzen gesichert werden.

Zugleich müssen sich Unternehmen auf die Investitionen des Staates verlassen können. Plötzlich gestoppte Förderprogramme untergraben diese Verlässlichkeit und erhöhen die Belastungen für Unternehmen weiter, insbesondere bei gleichbleibenden oder gar steigenden Anforderungen von Seiten der Politik. Bürokratieabbau und eine Beschleunigung von Antrags-, Plan- und Genehmigungsverfahren geben Unternehmen aber Freiraum für ihre eigentliche Aufgabe – ganz ohne, dass es den Staat etwas kostet. Das Land gewinnt Effizienz ohne Mitteleinsatz. Die IHKLW fordert deshalb die konsequente Umsetzung der Wachstumsinitiative der Bundesregierung und des Beschleunigungspaktes von Bund und Ländern.

In den Haushaltsberatungen geht es also um eine konkrete Fokussierung auf das Wesentliche bei gleichzeitig harter Aufgabenkritik, welche Ausgaben Investitionen in die Zukunft darstellen – und welche nicht.

Aus Sicht der Wirtschaft
stellt sich die Frage:
Was muss der Staat leisten?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



Deutschland steht aktuell vor gewaltigen Herausforderungen. Die Migration, die Folgen der Corona-Pandemie, das ambitionierte Ziel der Klimaneutralität und die kriegerischen Auseinandersetzungen auf der Welt belasten Staat, Unternehmen und Bürger gleichermaßen. Was müssen wir uns leisten, was können wir uns noch leisten? Als Unternehmer plädiere ich für eine harte Aufgabenkritik: Infrastruktur, Bildung und Wissenschaft und innere und äußere Sicherheit sind die Kernaufgaben des Staates. Hier müssen wir führend sein – oder wieder werden.

Die Unternehmen fühlen sich derzeit in einer „Zangenbewegung“. Schauen Sie sich die Ergebnisse der Handelsstudie und der Umfrage im Transportgewerbe an. Auf der einen Seite erschweren immer neue Regulierungen und Anforderungen das Wirtschaften, auf der anderen Seite lässt die „Performance“ des Staates nach. Verwaltungsdigitalisierung, Dauer von Antrags- und Genehmigungsverfah-

ren, marode Schulen, kaputte Brücken. Welche Leistungen sollten die Unternehmen als Steuerzahler erwarten können? Mit dem Haushalt 2025 müssen Bund, Land Niedersachsen und Kommunen jetzt konsequent priorisieren. Was bringt das Land voran? Wo müssen wir investieren und fördern?

Den Beschleunigungspakt umsetzen, Geothermie schneller nutzen und Digitalpakt 2.0 in der Praxis ankommen lassen, sind wichtige Elemente für eine Wende in der Wirtschaftspolitik, die wir dringend brauchen. Als IHKLW bieten wir Politik und Verwaltung unser Wissen an, um die „Zeitenwende“ auch in der Wirtschaftspolitik hinzubekommen. Lassen Sie uns dazu sprechen!

Andreas Kirschenmann

Andreas Kirschenmann ist geschäftsführender Gesellschafter bei Gastroback in Hollenstedt und Präsident unserer IHK Lüneburg-Wolfsburg (IHKLW).

KONTAKT

andreas.kirschenmann@ihklw.de

Schon gewusst?

Etwa **300** Datenfelder muss ein Betrieb gemäß CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM zur Ermittlung des Klimazolls ausfüllen, für den Import von Schrauben im Wert von 150 Euro.

IHKLW-Politiknews abonnieren



Um künftige Ausgaben automatisch zu erhalten, abonnieren Sie die IHKLW-Politiknews hier:

ihk-lueneburg.de/abo

IHKLW DISKUTIERT BEIM SOMMERFEST ÜBER
US-WAHL, HANDEL UND SICHERHEITSPOLITIK

Positionen zur US-Wahl

Die USA bleiben auch künftig
ein wichtiger Handelspartner
für die deutsche Wirtschaft.

Für starke Partnerschaften sprach sich auch IHKLW-Präsident Andreas Kirschenmann aus. Dabei sei es wichtig, sich breit aufzustellen und auch Handelsbeziehungen zu möglichst vielen Ländern zu unterhalten. „Unsere Wirtschaft ist eng mit unseren transatlantischen Partnern in den USA, aber auch mit China verwoben. Die möglichst breite Aufstellung von Lieferketten, ist wichtig für jedes Unternehmen. Es ist aber auch wichtig, in schwierigen Zeiten gute Gesprächskanäle zu wichtigen Partnern zu unterhalten. Die Globalisierung lässt sich nicht zurückdrehen.“ Die Wirtschaft erwarte von der Bundesregierung, dass sie sich für offene Märkte und den Abbau von Handelshemmnissen einsetzt, betonte Kirschenmann: „Protektionismus und Handelsbarrieren sind der falsche Weg und nützen am Ende niemandem, nicht mal dem, der sie verhängt. Unser Wohlstand hängt zu einem großen Teil vom internationalen Handel ab.“

Diskussionen im US-Wahlkampf über verstärkten Protektionismus und die Einführung von umfangreichen Importzöllen, betrachten die deutschen Unternehmen insofern mit Sorge. Unabhängig vom Ausgang der Wahl im November gilt es, Handelskonflikte nachhaltig abzubauen und die Handels- und Investitionsbeziehungen weiter zu verbessern. Dafür ist etwa der Handels- und Technologierat (TTC) zwischen den USA und der EU ein wichtiges Dialogforum.

Aktuelle Wirtschaftslage USA:

Seit 2023 verlangsamt sich das Wirtschaftswachstum der US-Wirtschaft. Momentan herrscht aber noch Vollbeschäftigung und die Unternehmen investieren – auch dank des Inflation Reduction Act (IRA) – in neue Produktionsanlagen. Der IRA (verabschiedet August 2022; Umfang: 750 Milliarden US\$) ist ein riesiges Infrastruktur- und Konjunkturprogramm seitens der Regierung. Er fördert vor allem im Umweltbereich hohe Investitionen. Im verarbeitenden Gewerbe zählen die Herstellung von Halbleitern und Elektrofahrzeugen sowie die Biotechnologie zu den geförderten Bereichen.



Unsere IHKLW im Gespräch mit
Ministerpräsident Stephan Weil
und Prof. Dr. Andrea Römmele

Deutsche Wirtschaft mit USA:

Die USA sind laut statistischem Bundesamt seit 2015 ununterbrochen der größte Zielmarkt für die deutsche Exportwirtschaft. 2023 war das Exportvolumen aus Deutschland in die USA 157,7 Mrd. Euro schwer. Beim Import nach Deutschland liegt die USA auf Platz 3 hinter China und den Niederlanden. Die wichtigsten deutschen Exportgüter in die USA sind Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile, Maschinen und pharmazeutische Erzeugnisse.

IHKLW @ USA:

105 Mitgliedsunternehmen haben in den letzten 5 Jahren (2019–2023) Außenhandelsdokumente für den Import/Export USA beantragt.

Nachgefragt

bei Gerd Ludwig



Herr Ludwig, wie ist aus Sicht der Wirtschaft die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie zu bewerten, die zurzeit vom Bundesumweltministerium entwickelt wird?

Laut einer Umfrage der deutschen IHKs, bei der im März 2024 bundesweit fast 2.000 Unternehmen mitgemacht haben, sehen die Betriebe Licht und Schatten. Als Chancen einer Kreislaufwirtschaft, in der es nur wenig Abfälle und geschlossene Stoffkreisläufe gibt, sehen die Betriebe Einsparungen bei den Materialkosten sowie eine gesteigerte Unabhängigkeit und Resilienz in den Lieferketten. Auch ein möglicher Imagegewinn bei Kunden und Mitarbeitenden spielt eine Rolle. Vier von zehn Betrieben hoffen, durch abfallarmes Wirtschaften neue Kunden gewinnen zu können.

Herr Ludwig, welche Rahmenbedingungen benötigen die Betriebe, damit der Weg hin zur Kreislaufwirtschaft von Erfolg gekrönt ist?

Der Übergang hin zur Kreislaufwirtschaft kann nur dann erfolgreich sein, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Erste Bedingung ist ein flächendeckender Ausbau digitaler Netze. Nur mit der entsprechenden digitalen Infrastruktur werden Unternehmen in die Lage versetzt, Kapazitäten zur Datenspeicherung und -verarbeitung aufzubauen, die wiederum die Grundlage für den Digitalen Produktpass sind. Zweite Bedingung ist ein europaweit einheitlicher gesetzlicher Rahmen. Drittens gilt es, einen funktionierenden Markt für Recyclingprodukte aufzubauen.

Herr Ludwig, wo sieht die Wirtschaft bei der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie Korrekturbedarf?

Kopfzerbrechen bereitet den Betrieben, dass neue Belastungen zu erwarten sind. So waren drei von fünf Betrieben vor einem zusätzlichen Dokumentationsaufwand und dem

dafür erforderlichen zusätzlichen Personaleinsatz. Jedes zweite Unternehmen erwartet höhere Kosten beim Einkauf von Rohstoffen und Vorprodukten. Mehr als ein Drittel der Befragten sieht darüber hinaus ein Risiko in der Verfügbarkeit von Sekundärrohstoffen und Recyclingprodukten. Auch der Arbeitskräftemangel und der aktuelle Kostenvorteil natürlicher Rohstoffe erschweren den Weg hin zur Kreislaufwirtschaft.

Herr Ludwig, das Herzstück der Kreislaufwirtschaftsstrategie ist der Digitale Produktpass (DPP), der das Recycling von Produkten durch umfangreiche, detaillierte Produktinformationen erleichtern soll. Wie kann es gelingen, dass der DPP bürokratiearm und mittelstandsfreundlich ausgestaltet wird?

Wir haben uns bei Unternehmen in der Region umgehört und sind dabei auf Besorgnis und Skepsis gestoßen. Daraufhin hat die IHKLW Anregungen, Hinweise und Verbesserungsvorschläge gesammelt und in die Stellungnahme der DIHK zur Kreislaufwirtschaftsstrategie eingebracht. Der DPP darf kein Bürokratiemonster werden, das KMU überfordert. Der Produktpass sollte auf einem über die Branchen hinweg einheitlichen, weltweit anerkannten technischen Datenmodell aufbauen, das sich leicht und kostengünstig in die verschiedenen betrieblichen Datenstrukturen integrieren lässt. Unternehmen sollten kostenfrei und aufwandsarm auf europaweit anerkannte, einheitliche, qualitätsgesicherte Umweltdaten zurückgreifen können. Erfolgreich wird der DPP nur dann, wenn die erhöhte Transparenz nicht zum schleichenden Verlust von Know-how führt, das von Mitbewerbern weltweit abgezogen wird.

Gerd Ludwig
Berater | Volkswirtschaft,
Umwelt- und Energiepolitik

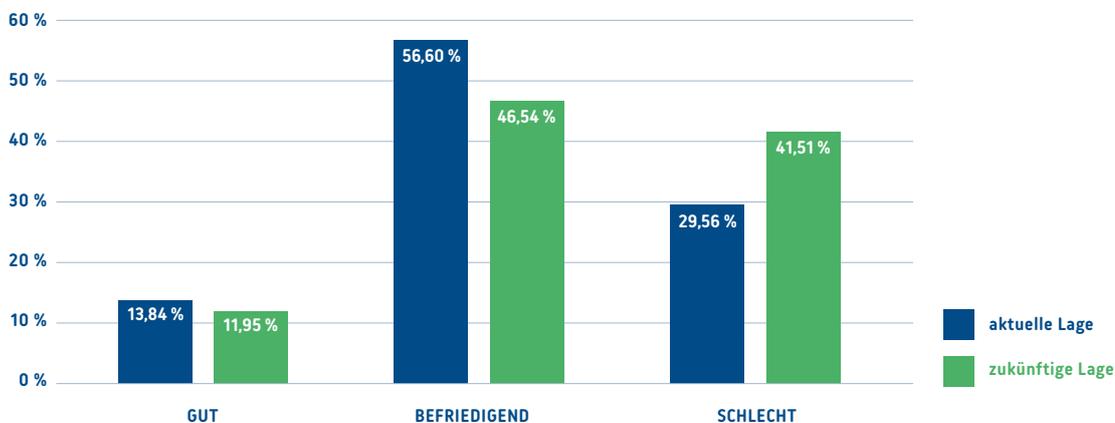
KONTAKT
Telefon: 04131 742-138
gerd.ludwig@ihklw.de



„Unternehmen sollten kostenfrei und aufwandsarm auf europaweit anerkannte, einheitliche, qualitätsgesicherte Umweltdaten zurückgreifen können.“

Angespannte Lage im Transportgewerbe

Rund 30 Prozent der Befragten aus dem niedersächsischen Transportgewerbe bewerten die aktuelle wirtschaftliche Situation als schlecht. Über 40 Prozent erwarten eine weitere Verschlechterung. Nur 12 Prozent blicken derzeit optimistisch in die Zukunft. Die Gründe: Fachkräftemangel, Mauterhöhung und marode Infrastruktur.



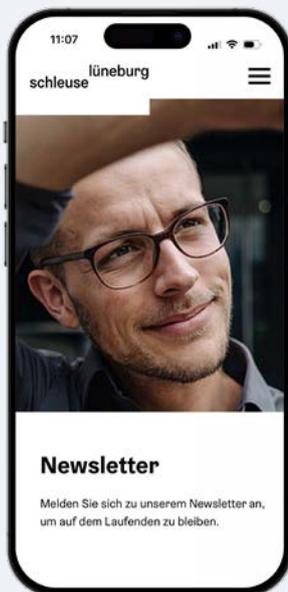
Die Ergebnisse der Umfrage gibt es hier:

Wirtschaftliche Situation im niedersächsischen Transportgewerbe angespannt
IHK Niedersachsen ihk-n.de

Immer auf dem neuesten Stand



Newsletter
Schleuse Lüneburg
schleuselueenburg.de



Newsletter
des Nordland-
Autobahnvereins e.V.
zur A 39
ihk.de/ihklw





IHKLW begrüßt Geothermiebeschleunigungsgesetz und erhofft sich mehr Schwung

Die IHKLW begrüßt, dass mithilfe des Gesetzes zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren von Geothermieanlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Ausbau der Wärmeversorgung die Voraussetzungen für mehr Tempo bei den Genehmigungsverfahren geschaffen werden. Die IHKLW setzt sich dafür ein, den Ausbau Erneuerbarer Energien zu forcieren und dabei auf Technologieoffenheit zu achten. Es ist daher erforderlich, Bau-, Planungs- und Genehmigungsverfahren zur Erkundung, Erschließung und Nutzung Mitteltiefer und Tiefer Geothermie voranzutreiben. Auch in Niedersachsen ist es erforderlich, dass Hemmnisse beseitigt werden und Bergbehörden proaktiv auf die Landkreise mit potenziellen Gebieten zugehen.

IHKLW dringt auf mehr Tempo beim Beschleunigungspakt



Die IHKLW verlangt von Politik und Verwaltung, die im Beschleunigungspakt beschlossenen Maßnahmen zügig umsetzen. Aus Sicht der IHKLW benötigt das Vorhaben mehr Schwung, da bis Juni von den beschlossenen Maßnahmen erst mit 18 begonnen wurde, wie der Beschleunigungsmonitor zeigt. Das ist ärgerlich, denn Wachstum, Innovation und Veränderungsgeschwindigkeit werden in Deutschland durch oftmals als endlos empfundene Planungs- und Genehmigungsverfahren ausgebremst. Das gilt für die schnelle Transformation zu einer klimaneutralen Industrie ebenso wie für den flächendeckenden Breitbandausbau, für die Entwicklung attraktiver Städte und Gemeinden sowie Sanierung und Ausbau von Straßen, Schienen und Wasserwegen.

Ein Sprungbrett für Niedersachsens Bildung, Wirtschaft und Fachkräfte von morgen

Der Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen für die niedersächsische Wirtschaft. In Niedersachsen fehlten laut KOFA 2023 gut 70.000 qualifizierte Arbeitskräfte, Tendenz steigend. In der IHKN-Ausbildungsumfrage 2024 gaben 48 Prozent der niedersächsischen Ausbildungsbetriebe an, dass sie im Jahr 2023 nicht alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen konnten. Berufsbildende Schulen spielen eine zentrale Rolle bei der Ausbildung dieser Fachkräfte. Durch den „DigitalPakt 2.0“ kann die Ausbildung zukunftssicher gemacht werden, indem sie den Anforderungen einer modernen Wirtschaft entspricht. Unternehmen profitieren langfristig von gut ausgebildeten Fachkräften, die ihre Ausbildung in technisch gut ausgestatteten Schulen absolviert haben und somit direkt in die Praxis einsteigen können.

Der „DigitalPakt 1.0“ stellte für die Bildungslandschaft in Niedersachsen einen bedeutenden Schritt dar. Die Förderung zielte darauf ab, Schulen digital fit zu machen, indem Mittel für den Ausbau der digitalen Infrastruktur bereitgestellt wurden. Interaktive Whiteboards, WLAN-Ausstattung und die Anschaffung von Endgeräten standen im Vordergrund. Diese Maßnahmen sollten die Schulen auf die Anforderungen des digitalen Zeitalters vorbereiten und den Schülerinnen und Schülern einen modernen Bildungszugang ermöglichen. Insbesondere die Corona-Pandemie verlieh der digitalen Entwicklung in den Schulen eine besondere Bedeutung.

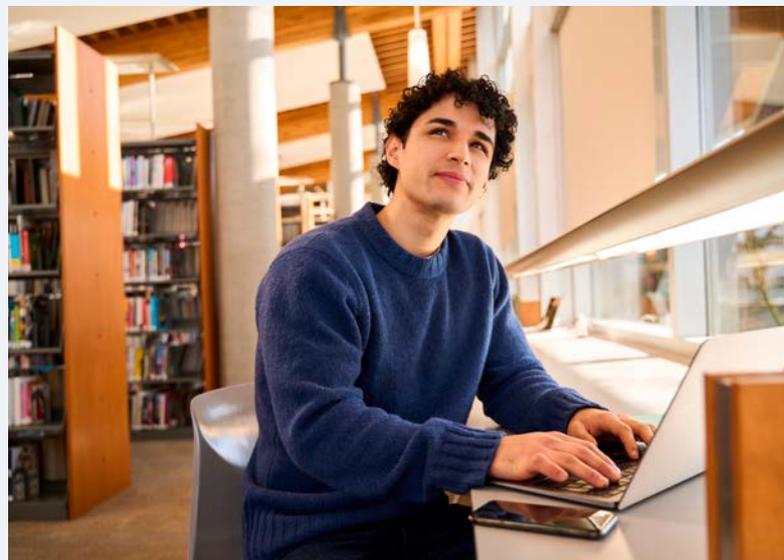
Für die Schulen in Niedersachsen standen im Zeitraum von 2019 bis 2024 rund 522 Mio. Euro zum Abruf bereit, 470 Mio. kamen vom Bund, 52 Mio. von der Landesregierung. Das Geld wurde in festen Budgets den Schulträgern zur Verfügung gestellt. Da zu Beginn des Jahres 2023 noch 40 Prozent der Mittel nicht abgerufen waren, änderte das Land Niedersachsen das Verfahren. Mit dem Windhundverfahren reichten nochmal viele Träger Anträge ein, sodass das Programm sogar überzeichnet wurde.

Hier setzt der „DigitalPakt 2.0“ an. Die Fortsetzung und Erweiterung des ursprünglichen Paktes muss gezielt die Lücken adressieren, die sich in der ersten Runde offenbart haben, und legt den Fokus auf die nachhaltige Weiterentwicklung der digitalen Bildung. Eine moderne digitale

Infrastruktur ermöglicht eine zeitgemäße Ausbildung, die nicht nur theoretisches Wissen, sondern auch praxisnahe Fähigkeiten vermittelt.

Die Bundesregierung sollte ihrer selbst definierten besonderen Rolle gerecht werden und ausreichend Budget zur Verfügung stellen. Der aktuelle [Reaktionsschluss: 06.09.2024] Schwebezustand in den Bund-Länder-Verhandlungen und die Unklarheiten im Bundeshaushalt 2025 sollten schnellstmöglich überbrückt werden, damit sich das Bildungssystem in ganz Deutschland weiterentwickeln kann. Der „DigitalPakt 2.0“ kann eine Investition in die Zukunft Niedersachsens sein, die sowohl das Bildungssystem als auch die lokale Wirtschaft nachhaltig stärken wird. Durch die gezielte Förderung der Berufsbildenden Schulen wird nicht nur der Bildungsstandort gestärkt, sondern auch der Fachkräftemangel bekämpft. Dies macht die duale Ausbildung attraktiver und sichert langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Region. Der „DigitalPakt 2.0“ kann ein entscheidendes Instrument sein, um Niedersachsen fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen.

Gezielte Förderung stärkt nicht nur die Bildungsstandorte, sondern sichert langfristig die Wettbewerbsfähigkeit durch Verminderung des Fachkräftemangels.



IHKLW im Dialog

In verschiedenen Veranstaltungs- und Dialogformaten tritt unsere IHKLW für die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.

24. Oktober 2024

GedankenGut – der Talk Erfolgreiche Unternehmensnachfolge

Schlosstheater | Celle

18:45–21 Uhr

Anmeldung: www.ihklw.de

04. November 2024

Brennpunkt Nahost

Online | 17–18:30 Uhr

Anmeldung: www.ihklw.de

19. November 2024

GedankenGut – der Talk Von langweiligen Meetings zu kreativen Workshops

Camp Reinsehen | Schneverdingen

18:45–21 Uhr

Anmeldung: www.ihklw.de

03. Dezember 2024

Brennpunkt US-Wahl

Online | 17–18:30 Uhr

Anmeldung: www.ihklw.de



Foto: © IHKLW

DIE GUTE NACHRICHT

IHKLW im Gespräch mit U.S. Generalkonsul

Hoher Besuch in unserer #IHKLW: U.S. Generalkonsul Jason Chue und Deborah Steinborn vom U.S. Consulate General haben sich heute in Lüneburg mit IHKLW-Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert und IHKLW-Beraterin Christiane Hewner getroffen: Im Zentrum des Gesprächs stand der beiderseitige Wunsch, die transatlantische Kooperation zu stärken und Möglichkeiten für einen engeren Austausch zwischen unseren regionalen Unternehmen und US-Firmen auf- und auszubauen. Die Themen waren unter anderem die wirtschaftliche Situation in den USA und Deutschland, Möglichkeiten für deutsche Firmen, vom IRA (Inflation Reduction Act) und anderen US-Infrastrukturprogrammen zu profitieren und die Energiepolitik.

Impressum | Leserservice

IHKLW-POLITIKNEWS

Der Newsletter für Politik
und Verwaltung

15. Ausgabe **Herbst 2024**

ABO BESTELLEN

ihk-lueneburg.de/abo

> IHKLW-Politiknews

HERAUSGEBER

IHK Lüneburg-Wolfsburg

Am Sande 1, 21335 Lüneburg

Telefon 04131 742-0

E-Mail politiknews@ihklw.de

VERANTWORTLICH

Inhaltlich Verantwortlicher für
redaktionelle Inhalte gemäß

§ 55 Abs. 2 RStV:

Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert

REDAKTION

Medina Gaidus

medina.gaidus@ihklw.de

Telefon 04131 742-147

E-Mail politiknews@ihklw.de

IHKLW Politiknews



Besuchen Sie uns:

facebook.com/ihklw

linkedin.com/company/ihk-lueneburg

